

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 8 (1967)

Heft: 24

Artikel: Das europäische Vorfeld der UdSSR 2 : Ungarns neue Orthodoxie

Autor: Balvany, J.F.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077131>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das europäische Vorfeld der UdSSR

Ungarns neue Orthodoxie

Text und Photos von J. F. Balvany

Nach der Tschechoslowakei (siehe letzte Nummer) behandelt Jean Balvany in diesem Beitrag nun Ungarn, wo er eine grundverschiedene politische Entwicklung feststellt. Dort, wo sich zu Beginn der sechziger Jahre die Öffnung nach innen und nach aussen am verheissungsvollsten manifestiert hatte, ist man wieder zugeknöpft worden. Eine neue Orthodoxie legt ihre Rigidität namentlich über das geistige Leben, und die Atmosphäre weist peinliche Aehnlichkeiten mit neostalinistischen Charakteristiken auf. Die Szenerie wird seit zwei Jahren wieder vom Innenministerium und seinem Polizeiapparat beherrscht.

Im Unterschied zur Tschechoslowakei ist in Ungarn kein Forum für eine zusammenhängende Schriftstellerrevolte gegeben. Die Budapest-Literaten schweigen. Oder sie dienern, was man ihnen nicht einmal übel nehmen kann, vor den mittleren Parteifunktionären. Denn diese sind es, die seit 1966 wieder im Sattel sitzen, im Einvernehmen und in engster Interessengemeinschaft mit dem wiederum allmächtig gewordenen Innenministerium.

Kommandoquartett aus Rakosis Schule

Vizepremier Biszku, Justizminister Korom, Innenminister Benkei und Geheimpolizeichef J. Nemetti bilden zusammen ein Kommandoquartett, das in Rakosis stalinistischem Polit-Polizeiapparat geschult worden war und gelernt hat, die Macht im Griff zu halten. Keiner westlichen Sprache mächtig, keiner Sympathie in dieser Richtung verdächtig und abseits der vergangenen oder gegenwärtigen ungarischen Kontakte mit der nichtkommunistischen Welt, verdüstern diese vier Männer schon rein persönlich den Puszta-Horizont. Dessen wurde etwa die westliche Presse bald gewahr, als man ihre dienstlichen Dauervisa abschaffte. Und seit Jahresfrist

praktiziert Ungarn die übelsten Reiseverkehrsschikanen und die übelsten Grenzkontrollen des ganzen Ostens. Ebenso geheime wie willkürliche passpolizeiliche Massnahmen haben die Reisen von ungarischen Staatsangehörigen nach der Schweiz, nach Österreich und nach der Bundesrepublik seit 1965 um 15 bis 25 Prozent absinken lassen. Für Jugendliche unter 24 Jahren sind Besuche in diesen Ländern — «Staatsinteressen» ausgenommen — praktisch gesperrt.

Hochwürden Genosse Aussenminister

Kein Ruf ist in der Wüste der Erfüllungslosigkeit offensichtlicher verhallt als die 1966 im Budapest-Parlament verklungene Europa-Rede des ungarischen Aussenministers Janos Peter. Der jetzige Sachwalter von Kadars Diplomatie war im Vorkriegs-Ungarn der Horthy-Zeit ein emsiger junger Theologe gewesen, den der damalige protestantische Bischof Bereczky nach Schottland, Frankreich und in die Schweiz entsandt hatte. Während des Zweiten Weltkrieges hatte Peter in Zürich, Bern und Genf im Rahmen einer christlich ausgerichteten Gruppierung gewirkt, die sich «Ungarische Gemeinschaft» nannte. Später belehrte er im Basel den Theolo-

gen Karl Barth darüber, dass es für die protestantische Kirche Ungarns am besten sei, mit den Kommunisten zusammenzugehen. Solche Verdienste wusste man dann im «neuen» Ungarn der Jahre 1948/49 zu würdigen, und Rakosis stalinistisches Regime stellte Peter den Bischofsstuhl von Debrecen zur Verfügung. Von hier aus gelangte er schliesslich in Kadars Aussenministerium, ein bemerkenswerter Weg, der im sozialistischen Lager sonst nirgends (zuvor oder nachher) begangbar gewesen ist.

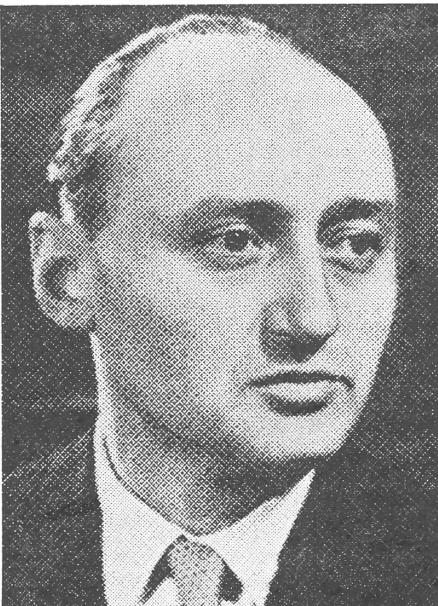
An die ungewöhnliche Karriere des Hochwürden Genossen Janos Peter erinnert man sich auch heute, wenn man etwa an die Ergebnislosigkeit der Ungarn-Reisen denkt, welche westliche Politiker im Jahre 1967 unternommen haben, sei es der bundesdeutsche Staatssekretär im Aussenamt, Dr. Lahr, oder der österreichische Bundeskanzler Dr. Klaus, oder der belgische Aussenminister Harmel oder der päpstliche Sonderbotschafter Bongianino und der Kardinal von Österreich (viermal).

Hätten diese und andere Politiker gelesen, was F. Puja, stellvertretender Aussenminister und aussenpolitischer Chefberater der Partei, im KP-Zentralorgan «Nepszabadság» darlegte, hätten sie sich unter den gegebenen Umständen alle Reiseillusionen ersparen können. In gewissem Sinne wären ihnen auch Prestigeeinbussen erspart geblieben, was besonders für Dr. Klaus gilt, da er die Ungarn-Lage aus der unmittelbaren Nachbarschaft heraus realistischer hätte beurteilen sollen. Puja dozierte schliesslich nur das, was der ungarischen Politik entspricht. Der Osten müsse, schrieb er, «dem Westen seine Koexistenzauflösung aufzwingen», wenn dieser nicht bereit sei, das kommunistische Konzept aus freien Stücken zu akzeptieren. Der Schweiz jedenfalls wurde 1967 in diesem Sinne unmissverständlicher Anschauungsunterricht geboten, und zwar in Form einer Note, deren Ton so unqualifizierbar anmassend war, dass sie der Bundesrat (in der eidgenössischen Zeitgeschichte einmalig) als unannehmbar an die ungarische Botschaft in Bern zurückschickte.

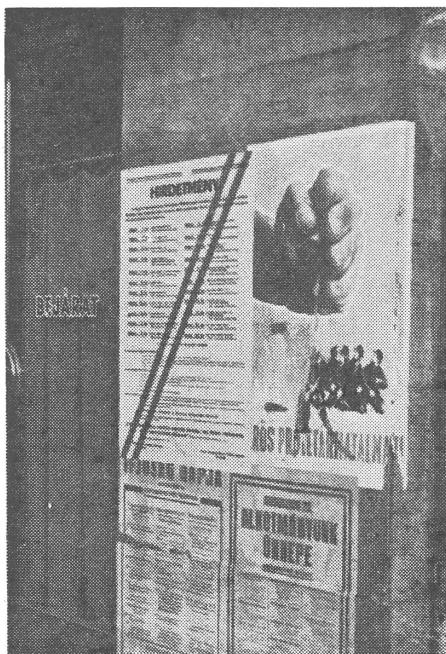
Jugoslawien gilt als «Westen»

Solche Fälle und eine Reihe weiterer Symptome aus dem laufenden Jahr lassen darauf schliessen, dass Ungarn zur Stunde mit dem Westen keine anderen Beziehungen pflegen will und kann als die von Puja bezeichneten. Insbesondere ist ein, auch nur entfernt an Jugoslawien gemahnender Stil in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Um so weniger übrigens, als sich auch die direkten Beziehungen zwischen Budapest und Belgrad in der Praxis stark abgekühlt haben.

Der zwischen beiden Staaten vereinbarte freie Reiseverkehr wird lediglich jugoslawischerseits gepflogen. Ungarn aber drosselt ihn bei seinen eigenen Staatsangehörigen nach Kräften, denn es fürchtet für Jugoslawien-Reisende eine doppelte Gefahr: Zunächst die handgreifliche Gefahr von Fluchtmöglichkeiten, die im Lande Titos der offenen Grenzen wegen bestehen und namentlich von ungarischen Jugendlichen ausgenutzt werden könnten. Sodann die psychologische Gefahr, die wegen des freien Verkaufes der westlichen WeltPresse und wegen der aufgeschlossenen Schreibweise der ungarischsprachigen Minderheitszeitschriften Jugoslawiens keineswegs zu unterschätzen ist.



Links: Janos Kadar freundlich. Ohne Presselächeln sahen wir ihn aus der Nähe, müde, mit wässrigen blauen Augen und gepeinigtem Gesicht. Rechts: Ungarns Mini-Beria, Bela Biszku, der kommende Mann.



1957 plakatiert, 1967 wieder aktuell: Die Faust als Stütze der Diktatur des Proletariats.

Während dieses Sommers wurde es den ungarischen Journalisten und Schriftstellern untersagt, ihre Beiträge unmittelbar an die ungarischsprachigen Verlage in Jugoslawien zu schicken. Der Budapest Schriftstellerverband ist nunmehr als Vermittler tätig, und diese «Vermittelungstätigkeit» bedeutet in der Praxis natürlich Kontrolle, Zensur und — nicht zuletzt — Devisenüberwachung. In Ungarn selbst ist es bisweilen völlig unmöglich, jugoslawische Zeitungen, Zeitschriften oder Bücher öffentlich zu erwerben.

Schliesslich haben die ungarischen Passbehörden die Jugoslawien-Reisen den Westreisen praktisch nahezu gleichgestellt. Diesbezügliche Gesuche werden bestenfalls mit mehrwöchiger Verspätung (weit über die gesetzliche Abwicklungsfrist von drei Wochen hinaus) erledigt, bei Verdacht politischer Unzulänglichkeit abgelehnt und prinzipiell nicht mehr als einmal pro Jahr bewilligt. (Um einen Pass zu erhalten, muss man in Ungarn das gewünschte Besuchsland angeben, und zusätzlich zum Pass braucht es zum Grenzüberschreit eine Spezialerlaubnis, die erst unmittelbar vor Antritt der Reise erteilt — oder nicht erteilt — wird. Anm. K.B.) Von diesem drakonischen System wird meistens nur dann abgewichen, wenn der betreffende ungarische Antragsteller eine nahe Verwandtschaft in Jugoslawien nachweisen kann.

Bei Betrachtung des Zehnmillionenlandes (der ungarische Geburtenrückgang ist übrigens der grösste Europas) ist die Tatsache nicht ausser acht zu lassen, dass es sich mit Ostdeutschland zusammen um das westlichste Besatzungsgebiet der Sowjetunion handelt. Indessen sind es nicht die streng kasernierten und von jedwedem Kontakt mit der Bevölkerung ausgeschlossenen russischen Divisionen, die das derzeitige Ungarn-Profil zeichnen. Kennzeichnend ist vielmehr der politisch-polizeiliche Machtapparat des Innenministeriums, der sich seinerseits allerdings auf die Präsenz sowjetischer Truppenbestände stützt.

Die eingangs erwähnten Männer des «Kommandoquartetts» zeichnen dafür verantwortlich, dass wieder Spionagespsychose gezaubert wird, dass Jugendliche in politische Schauprozesse verwickelt werden, dass man den Verwandtschafts- und Freundeskreis westlicher Besucher bespitzelt, zur Fremdenpolizei vorlädt, einschüchtert und womöglich für Informationstätigkeit zu gewinnen sucht, dass Neubürger aus westlichen Staaten und Ex-Ungarn, die auf Grund der Amnestie von 1963 zum heimatlichen Familienurlaub einreisen, von den Behörden herausfordernd, geringsschätzig und vorschriftswidrig behandelt werden, dass schliesslich katholische Priester wegen angeblich illegaler Seelsorge in Geheimprozessen zu Zuchthausstrafen unbekannten Ausmasses verurteilt worden sind.

Angst vor der Wirtschaft

Das Regime Kadar hat es während dieses Jahres verstanden, die Sicherheit der Unsicherheit (verbunden mit Verwirrung und Unzulänglichkeiten sowohl technischer als auch geistiger Art) recht eigentlich zu seinem gewaltigsten Machtmittel zu machen. Anderseits hat aber der Schwebezustand das Land auch in eine bestimmte Sackgasse geführt, in jene nämlich, in welche allmählich die Wirtschaft landet. Laut dem Fachorgan «Figyelő» steht für 1968 ein weiterer, durch Lohnerhöhungen keineswegs ausgeglichener Preisauftrieb bevor. Gegenüber den bäuerlichen privat bebauten Hofparzellen, die trotz ihrer Kleinheit 60 bis 80 Prozent der Landesversorgung an Butter, Milch, Eiern, Gemüse, Obst und Geflügel stellen, ist dieser Tage der administrative Würgegriff härter geworden.

Aber auch die «liberaleren» Wirtschaftsperspektiven der Industrie lösen nicht eitel Freude aus. Der sogenannte neue Wirtschaftsmechanismus (mit stärkerer Betonung marktwirtschaftlicher Elemente) versetzt die Beamenschaft wegen der drohenden Entlassungsgefahr in Angst und Schrecken. So trägt der ökonomisch geschulte neue Ministerpräsident Jenö Fock (er absolvierte vor dem Krieg seine Lehrzeit im industriellen Mammutunternehmen «Weiss Manfred», verhandelte später mit Henry Ford Junior, mit Berthold Beitz und mit dem österreichischen Altkanzler Julius Raab) den Ballast seines eigenen Politapparates weiterhin auf den Schultern. Diese



Symbolisch deuten die beiden Wegbereiter des ungarischen Christentums, die Patres Julianus und Gerardus (13. Jahrh.), von der Fischerbastei hinüber auf das Budapester Parlament.

Funktionärskaste muss jeder wirtschaftlich-relationellen Massnahme sozusagen schon von Amtes wegen und jedenfalls aus ureigenstem Interesse zuwiderhandeln, da sie sonst in die Unscheinbarkeit zurückzutreten hätte, von woher sie gekommen ist.

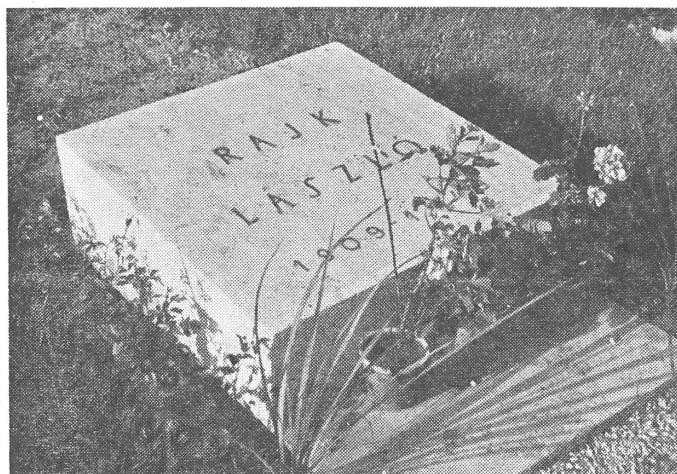
Kein Pfeiler für den Brückenschlag

Alle diese Uebelstände tragen zur mangelnden Aufgeschlossenheit und Kontaktfreude des offiziellen Ungarn bei. Von daher röhrt unter anderem auch die Blockierung des sogenannten Neunerklubs, der eigentlich dazu hätte bestimmt sein können, eine echte Ost-West-Entspannung zu fördern. Beim Neunerklub handelt es sich um die auf einen UNO-Beschluss zurückgehende regionale Gruppierung von Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Österreich und Jugoslawien mit Schweden, Finnland, Dänemark und Belgien. Als offenbar rein symbolische Geste hatte der ungarische Aussenminister Janos Peter seinen österreichischen Kollegen Dr. Toncic-Sorinj zum Vorsitzenden des Neunerklubs empfohlen. An substantieller Mitwirkung aber liess es Ungarn fehlen. Daran konnte auch der rumänische Aussenminister C. Manescu nichts ändern, der sich um die tätige Mitarbeit Ungarns zur Belebung des besagten Gremiums bemühte.

Wenig Erfolg ist seinerseits dem Werben Österreichs beschieden gewesen. Entgegen dem trügerischen Koexistenzanschein, den der Budapester Besuch von Regierungschef Dr. Klaus erweckt hatte, musste Österreich während der Jahre 1966/67 im nachbarlichen Kontakt bei seinem Partner wiederholte Rückfälle in stalinistische Praktiken feststellen, ohne dass die Wiener Diplomatie und die österreichischen Informationsmittel diese Tatsachen registriert, beziehungsweise die entsprechenden Konsequenzen daraus gezogen hätten. Neuerdings macht allerdings etwa «Die Presse» (Wien) dem Ballhausplatz diese Pflichtversäumnis zum Vorwurf. Solchen



Am Budapester Heldenplatz will sich Iwan von Janos für das Familienalbum photographieren lassen.



Links: Symbol anhaltender Heuchelei ist der Grabstein des 1949 hingerichteten und 1956 rehabilitierten Rajik. Kardinal Mindszenty, dem man im gleichen Jahr mit den gleichen Methoden den Prozess gemacht hatte, ist nicht rehabilitiert. Er war freilich auch kein Parteiführer. Rechts: Zum Hochamt.

späten und erst ansatzweise geäusserten Einsichten war in Oesterreich übrigens der schweizerische Aussemnister Dr. Spühler zuvorgekommen, als er vor dem Wiener Pressekubl in höflich-bestimmter Form vor Ost-Illusionen warnte.

Den Weg des bundesdeutschen Staatssekretärs im Aussemamt, Dr. Lahr, hatte dessen Budapest-Gastgeber Janos Peter offensichtlich nicht mit Entgegenkommen gepflastert. Als Vorspiel zu dieser Visite erklärte Kadars Aussemnister, dass das Programm Kiesingers jenem Erhard's so gleiche «wie ein Ei dem andern», dass die Normalisierung der Beziehungen Bonn—Budapest (womit diplomatische Beziehungen gemeint sind) etwa von der Anerkennung zweier deutscher Staaten abhänge und dass überhaupt der Westen einschliesslich natürlich der Bundesrepublik mit der DDR «de facto und de iure» Beziehungen herstellen müsse.

In dieselbe Kerbe schlug etwas später auch der stellvertretende Ministerpräsident Bela Biszku, Ungarns «starker Mann», der zum Zeichen dieser seinen Eigenschaft auch in das Rampenlicht der Deutschland-Politik gerückt wurde. Ihn hatte Budapest als Chefdelegierten zum 7. SED-Kongress nach Ost-Berlin entsandt. Von der dortigen Tribüne tönte es dann in ungarischer Sprache nicht anders, als was die gastgebenden Parteiführer in ihren militantesten Resolutionen auf deutsch hätten ausdrücken können. Es war genau das, was man schon immer gehört hatte, und liess den

Hoffnungen auf eine Klimabesserung zwischen Bonn und Budapest praktisch keinen auch noch so bescheidenen Spielraum mehr.

Im gleichen Sinne hatte auch Kadars Leibjournalist Peter Renyi in den Zeitungsspalten des Parteiorgans «Nepszabadsag» gewirkt. In den vier Fortsetzungen seiner Reportage über die Bundesrepublik spiegelte sich auch nicht der Schimmer von Entgegenkommen, von Verständigungsbereitschaft oder auch nur von einem Mindestmass an Realismus. Und das hätten doch wenigstens ansatzweise die Indizien sein müssen, wenn es sich Budapest wirklich hätte leisten dürfen, Bonn gegenüber eine geschmeidigere Gangart einzuschlagen.

Der phraserne Vorhang

Grössere Geschmeidigkeit ist von Ungarn für absehbare Zeit ohnehin nicht zu erwarten. Ein Witzbold sagte, dass man dem «Anti-Koexistenzbeschluss» vom November 1965 auch dann nachlebe, wenn er gar nicht stattgefunden habe. Das ideologische Organ «Tarsadalmi Szemle» beschreibt das mit den Worten: «Ungarn wird auf die Anwendung revolutionärer Gewalt nicht verzichten.» Anvisiert waren mit dieser Warnung natürlich die internen Dissidenten, die man wieder «Feinde» zu nennen pflegt. Die Faust im Nacken offenbart sich nicht nur in Verbalangriffen, sondern immer merklicher im gesamten Staatsapparat. Man macht in negativer geistiger

Selektion, und die voreilig vermisst gemeldeten Schablonen aus Rakosis Zeiten beherrschen erneut die Szene.

Es ist nur folgerichtig, dass diesem Druck ein allmähliches Abflauen der kulturellen Kontakte mit der nichtkommunistischen Welt entspricht. Das gilt sogar im Umgang mit dem politisch doch relativ hoch kotierten Frankreich. Zur Zeit des Ungarn-Besuches von Couve de Murville gab es beispielsweise in der Presseabteilung des Budapest-Aussenministeriums niemanden, der ein brauchbares Französisch hätte vorweisen können. Die Ausnahme war Dr. Gern Biro, und dieser Mann sprach parteichinesisch. Er war zum blosen Vollstrecker der politisch-polizeilichen Befehle degradiert, und diese waren offensichtlich auf die Abwägung der bisherigen aufgeschlossenen Beziehungen zur westlichen Weltpresse gerichtet.

Das Wiener Schaufenster der ungarischen Westwerbung ist seinerseits ebenfalls verdunkelt worden. Der Gegensatz zu früher ist auffällig. Seinerzeit hatte der Budapest-Presse-Cheftheoretiker Istvan Darvasi seinen Beauftragten Kornel Haynal in die Walzermetropole entsandt, damit er hier als Presserat die Neuauflage der geistig-kulturellen Kadar-Musik intoniere. Kein Wunder, dass die späteren Reprisen früherer Lehrstücke darnach durchfielen.

Wenn Professoren wie Csikos-Nagy (Chef des Preisamtes) oder Bognar (Chef der kulturellen



Links: U Thant bewundert die Riesenzygarre, die Kadar von Castro bekommen hat. Rechts: Arbeitermiliz.

Sozialistischer Patriotismus oder Patriotismus «tout court»?

Rumänien und das Vaterland

Der rumänische nationale Behauptungswille gegenüber der Sowjetunion ist eine politische Tatsache, aber sie hat schon ihre ideologischen Auswirkungen, etwa in der Art der Geschichtsbetrachtung und in der Prägung des Heimatbegriffes. Rumänien bekennt sich heute zu seiner nationalen Vergangenheit und empfindet es heute als sozialistische Aufgabe, die Fackel, welche die «grossen Fürsten» für die nationale Freiheit entzündet hatten, weiterzutragen. Die nachfolgende Zusammenfassung eines Artikels von Dimitru Popescu stammt aus «Scintia», Bukarest. Der Autor ist nicht nur Chefredaktor dieser Zeitung, sondern auch Mitglied des Zentralkomitees der Partei und Präsident des parlamentarischen Auslandskomitees.

Die Geschichte ist das Selbstbildnis des Volkes, das Tagebuch seiner tausendjährigen Existenz. Die Vergangenheit ist neben der Gegenwart und der Zukunft eine der Seiten des triangulären Begriffes «Vaterland». Ohne Gedenken an die Helden der Nation, ohne Achtung der Ahnen, deren Gebeine in der Erde bleichen, und ohne Ehrfurcht vor den Hunderttausenden, die für die Freiheit dieser Scholle fielen, verliert der Patriotismus stark an innerem Gehalt.

Wir sind stolz auf die Vergangenheit unseres Volkes, das seinen Beitrag zur Zivilisation geleistet hat. Wir brauchen uns unserer Vergangenheit nicht zu schämen. Wir haben niemals nach Besitz getrachtet und niemanden unterdrückt.

Wenn die Ahnen nicht zögerten, alles, auch ihr Leben, für dieses Land zu opfern, wie sollen nicht auch wir es in unseren Herzen über alles stellen, nun da es vorbehaltlos uns gehört? Darin liegt der höhere Sinn des sozialistischen Patriotismus, der unser ganzes Volk auf die hohe soziale Stufe der Gegenwart gehoben hat.

Die Bewegung, die uns ergreift, wenn wir von unserem Volk und seiner Vergangenheit sprechen, schliesst die Dankbarkeit für die früheren Generationen ein, die für uns gelitten und geblutet haben. Das verpflichtet uns, die Ahnen nicht zu verleugnen und nicht zu verraten, es ihnen in unserem Streben gleichzutun. Wenn ein Volk seine Vergangenheit vergisst, dann verwaist es. Ein Volk kann sein Gedächtnis nicht verlieren, es wird durch Millionen nationaler Reliquien an seine Vergangenheit erinnert.

Vor Jahren wurde auch bei uns der Versuch gemacht, uns vieles vergessen zu machen, viele der grossen Fürsten, Patrioten, Wegbereiter und Künstler der Vergangenheit aus unserer Erinnerung zu löschen, dass wir alle, die in einer unge-

Auslandbeziehungen) in letzter Zeit ihre braven Parteiformeln selbst über neue Themen («Der neue Wirtschaftsmechanismus in Ungarn») in mühsamem Deutsch vom Blatt ablasen, langweilten sie die Zuhörer so sehr, dass dann auch ein an sich interessantes Gespräch mit Dr. Köpeczi gerade noch fünf Personen anzulocken vermochte. Verglichen mit der in Wien aus Ungarn neuerdings angebotenen geistigen Diätkost erschien bezeichnenderweise der Vortrag des tschechoslowakischen Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Levčík geradezu wie ein von Feuerwerk begleitetes Gala-Diner. (Fortsetzung folgt)

rechten Gesellschaftsordnung geboren wurden und lebten, verurteilen sollten. Die Fackel des Kampfes für Fortschritt und Freiheit wurde jedoch von ihnen entzündet, da die Massen immer nach Besserem strebten und sich jene zu ihren Führern erwählten, die ihre Bestrebungen verstanden und bereit waren, für sie zu kämpfen. Neben den Reaktionären und Verrätern der Nation erhoben sich auch Männer, die sich dem Lande verbunden fühlten und von patriotischen Idealen erfüllt waren.

Das Bürgertum war ursprünglich eine fortschrittliche Klasse und Träger hoher Ideale, die mit den Aspirationen der Massen identisch waren, solange bis sich seine revolutionäre Berufung erschöpfte. Eine der revolutionären Parolen, die das Volk beseelten, war die Verteidigung der Unabhängigkeit und die Erhaltung der nationalen Existenz.

Die Arbeiterklasse, die Kommunisten, übernahmen die Fackel der fortschrittlichen Ideale und trugen sie weiter. Ihr Verdienst ist es, dass sie die grossen Träume der Vergangenheit verwirklichten.

Die Partei mahnt uns, die Geschichte nicht zu beschönigen, aber auch nicht schlechter zu machen, nichts zu idealisieren und auch nichts zu verurteilen, sondern die Tatsachen so zu sehen, wie sie sich zutragen und sie auf Grund der kommunistischen Philosophie zu erklären.

Unser Regime hat die Aufgabe, nicht nur die Gegenwart auf Höhen zu erheben, die sie weit hin sichtbar machen, sondern auch die Schätze der Vergangenheit zu heben und sie der Welt zu zeigen. Wäre es nicht angebracht, das Wissen über unsere Vergangenheit auf breiterer Basis zu popularisieren? Das Wissen um unsere Kulturschätze setzt uns instand, erhobenen Hauptes vor der Welt zu bestehen. Und auch das Ausland wird uns höher schätzen und mehr Verständnis für unser Leben von heute aufbringen.

Wir verbinden den Kult der glorreichen Vergangenheit mit dem Sinn für die Gegenwart. Wir rufen die Vergangenheit wach, um uns für unsere Anstrengungen in der Gegenwart zu stärken. Wir halten das Andenken an die grossen Vorfahren hoch und setzen alle unsere Kräfte dafür ein, dass die Pracht unseres Landes noch heller erstrahle. Während wir uns mit unseren Vorfahren im Gedanken verbunden fühlen, gehören wir mit Leib und Seele unserer Zeit, unserer Generation, dem Sozialismus und Kommunismus.

Prag

(Fortsetzung von Seite 3)

Aber damit hat sie nur einen Zustand formalisiert, der schon eingetreten war. Spätestens zum Zeitpunkt des Kongresses hatten nämlich die Unbotmässigen ihrerseits die Hoffnung aufgegeben, die «Dogmatiker» mit Vernunftgründen umzustimmen, und waren zur offenen Konfrontation angetreten. Hätte die KP-Spitze die Herausforderung übersiehen wollen, dann wäre das ein endgültiges Eingeständnis ihrer Abdankungsreife gewesen.

Die Tschechoslowakei hatte seit 1963 eine erstaunliche Progression auf dem Weg gemacht, der Liberalisierung und Reformen brachte. Die «kleine Freiheit» schaffte sich wirtschaftlich, gesellschaftlich, kulturell und schliesslich sogar ideologisch immer mehr Plätzchen, auf denen sie sich allmählich einzurichten begann. Die Parteiführung verhielt sich bei jeder Eroberung der «Gegenseite» meist so, dass sie erst bremsen und dann lenken wollte, bis sie unter möglichster Wahrung des Gesichts doch wieder ein Stückchen nachgab. So hätten die «Revisionisten» eigentlich allen Grund gehabt, mit dem Fortschritt der Dinge zufrieden zu sein und an diesem bewährten Rhythmus festzuhalten. Was hat sie bewogen, von den Liberalisierungswünschen plötzlich abzukehren und von der Partei Freiheiten zu fordern, die sie nicht geben konnte, ohne sich selbst aufzugeben?

Wahrscheinlich gibt es mehrere Gründe. Tabus pflegen erst richtig bemerkt zu werden, und als störend bemerkt zu werden, wenn sie sich lokern. Jede Gesellschaft rennt erst dann wütend gegen sie an, wenn sie ohnehin im Begriff sind, einzugehen und gedanklich jedenfalls längst überwunden sind. Auch die junge tschechoslowakische «Intelligenz» wurde der Sturheit aller ihr vorgelegten Schablonen in dem Augenblick zu recht bewusst, als sie Differenzierungserscheinungen zeigten.

Schiere Ungeduld wird ihre Rolle gespielt haben. Man war es müde geworden, jene Dinge, die man als schlecht empfand, nur immer in ihren Zufälligkeiten kritisieren zu dürfen und nie in dem, was sie ausmachte. Und man war es vielleicht auch satt, länger auf den freiwilligen Rücktritt der stalinistischen Parteispitze zu warten, und insbesondere auf den schon auf Ende 1964 vergeblich erwarteten Rücktritt von Novotny.

So oder so kam es zu einem recht unvermittelten Polarisierungsprozess, der bis zum Schriftstellerkongress in offene Konfrontation mündete. Plötzlich wünschte man nicht mehr Verbesserungen, sondern Veränderungen grundlegender Art. In Frage gestellt wurde nicht mehr die Führungsweise der Partei, sondern ihre Führung überhaupt. Vaculík stellte das Problem der Macht so, dass ihr Missbrauch als systembedingt gefolgt werden musste. Es war eine Absage sowohl an die übernommene als auch an die zukünftige Rolle der Partei.

Angesichts dieser von den betreffenden Schriftstellern bezogenen Front, die (Kommunismus hin oder her) deutlich ausserhalb der Partei als gesellschaftliche Organisation stand, brauchte diese eigentlich ziemlich lange, um den vollzogenen Bruch ihrerseits zu quittieren. Hat sie das Gefühl, dass sie zu viele verlieren würde, wenn sie jeden ausschlissen wollte, der grundsätzlich mit ihr gebrochen hat? Christian Brügger